

19. April 2013

## **Wahlprüfsteine Hessischer Jugendring**

**1. Ehrenamtliche Jugendarbeit kann dann einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft liefern, wenn sie gute Rahmenbedingungen und eine solide Finanzierung erhält. Die Finanzierung über das hessische Glücksspielgesetz ist hierfür grundsätzlich ein nützliches Instrument – aufgrund der Umsatzschwankungen aber derzeit nicht mehr verlässlich. Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig die Finanzierung der Jugendverbandsarbeit in Hessen verlässlich, planbar und in ausreichender Höhe gewährleistet wird?**

Da die Jugendarbeit von hoher Bedeutung für die gesamte Gesellschaft ist, setzen wir uns dafür ein, eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit sicherzustellen. Die rückläufigen Einnahmen aus dem Glücksspielbereich stellen viele Verbände vor besondere Herausforderungen. In den kommenden Wochen wird im Hessischen Landtag eine Anhörung zu der Frage durchgeführt, wie im Sinne der Verbände auf diese Entwicklung reagiert werden kann.

**2. Wie kann das Land Hessen sicherstellen, dass die Einführung der Schuldenbremse und des kommunalen Rettungsschirms nicht zur Bedrohung wird für die Jugendarbeit auf Landesebene und vor Ort?**

Die Einführung der Schuldenbremse war ein historischer Schritt für unser Land. Die große Zustimmung war Ausdruck der Verantwortung – gerade für die junge Generation. Gleichzeitig stellt sie alle staatlichen Ebenen vor große Herausforderungen. Mit dem kommunalen Rettungsschirm stellt das Land finanzschwachen Kommunen mehr als drei Milliarden Euro zur Schuldentilgung zur Verfügung, um diese Kommunen handlungsfähig zu erhalten. Die hessischen Kommunen sind aufgerufen, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in eigenverantwortlicher Weise über ihre Ausgaben zu entscheiden – das gilt auch für Kommunen unter dem kommunalen Schutzschirm. Angesichts der hohen Bedeutung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und ihres großen gesellschaftlichen Nutzens sind wir überzeugt, dass die Kommunen ihrer Finanzierungsverantwortung auch künftig gerecht werden.

**3. Viele Jugendverbände spüren eine starke Einschränkung des ehrenamtlichen Engagements ihrer Jugendleiter/innen, die durch zeitliche Verdichtungen des Studiums immer weniger Zeit haben. Besonders fatale Auswirkungen hat das auf die Betreuung von Ferienfreizeiten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass auch Studierende in Zukunft wieder ausreichend Zeit haben, Ferienfreizeiten ohne Nachteil für ihr Studium ehrenamtlich zu betreuen?**

Die Bologna-Reform und die damit einhergehende Modularisierung vieler Studiengänge waren im Rahmen einer europäischen Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen geboten. Für uns ist klar: Auch Studenten haben ein Anrecht auf Freiraum besonders innerhalb der vorlesungsfreien Zeit, den sie dann besonders für ihr ehrenamtliches Engagement nutzen können. Gleichzeitig ist die Ausgestaltung der Studiengänge im Hinblick auf Kurse und Prüfungen eine eigenverantwortliche Entscheidung der Hochschulen, die zum Erhalt der Freiheit von Lehre und Forschung nicht der staatlichen Regulierung unterliegen darf.

**4. Die Juleica hat sich als bundesweites Ausweisdokument für Jugendleiter/innen etabliert, dass für Qualifikation, Legitimation und gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements steht. Im Vergleich mit der EhrenamtsCard bietet die Juleica jedoch in vielen Städten und Landkreisen nur wenige Vorteile für ihre Inhaber/innen. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Juleica auch als spürbare Wertschätzung und als Dankeschön für ehrenamtliches Engagement Jugendlicher zu stärken?**

Wir wollen, dass ehrenamtliche und in der Jugendarbeit tätige Menschen die Wertschätzung und Anerkennung erfahren, die sie verdienen. Die Juleica, als bundesweit einheitliche Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter, ist ein Ausdruck dieser hohen Wertschätzung, die wir ehrenamtlichen Jugendleitern entgegenbringen. Die EhrenamtsCard schafft für Hessen eine weitere Möglichkeit der Anerkennung, die auch Jugendleiter in Anspruch nehmen können. Eine Konkurrenzsituation zwischen beiden Angeboten besteht nicht. Wir setzen uns dafür ein, die EhrenamtsCard auch Minderjährigen zugänglich zu machen. Wir streben an, dass beide Karten mit weiteren Angeboten und Vergünstigungen verknüpft werden, um der ehrenamtlichen Arbeit in allen Gesellschaftsbereichen die entsprechende Anerkennung entgegenzubringen.

**5. Wegen der großen Menge an Unterrichtsstoff und dem hohen Leistungsdruck bleiben viele außerschulische Aktivitäten junger Menschen, wie z.B. die Teilnahme an Angeboten im Jugendverband auf der Strecke. Die hessische Schulzeitverkürzung reduzierte die Freiräume für ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schule ehrenamtliches Engagement nicht ausschließt?**

Infolge der Eröffnung einer umfassenden Wahlmöglichkeit für Gymnasien haben die Schulgemeinden aus Schulleitung, Lehrern, Eltern und Schülern seither die freie Wahl, sich für den achtjährigen oder den neunjährigen Weg zum Abitur zu entscheiden. Zur Optimierung des G8-Zweiges wurden dabei gleichwohl auch flankierende Maßnahmen beschlossen, die von erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten bei der Erarbeitung schulspezifischer Curricula bis hin zur verbesserten Koordination und Entzerrung der Termine und der Anzahl der von den Schülerinnen und Schülern zu erbringenden Leistungsnachweise reichen. Dass unsere Ganztagskonzepte überdies nicht auf gebundenem Zwangsganztage, sondern auf Freiwilligkeit beruhen, verhindert im Verbund mit der selbständigen Entscheidung für ein G8- oder ein G9-Angebot nachteilige Auswirkungen auf das außerschulische und ehrenamtliche Engagement.

**6. Die Zusammenarbeit von Ganztagschulen und Jugendarbeit steckt in Hessen vielerorts noch in den Kinderschuhen. Bisher erfährt die Jugendverbandsarbeit keine finanzielle Förderung für dieses neue Arbeitsfeld. Was planen Sie, um den ehrenamtlich geprägten außerschulischen Partnern die Zusammenarbeit mit Ganztagschule zu ermöglichen?**

Entsprechend der schulrechtlichen Vorgaben beruhen die Ganztagsangebote auf einer gemeinsamen Ausgestaltung durch die Landesregierung und die Kommunen als Schulträger. Durch den sukzessiven Ausbau der Ganztagsangebote investiert die Landesregierung bereits jährlich mehr als 70 Mio. Euro in die Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus werden jedes Jahr 115 zusätzliche Stellen für den weiteren Ausbau der Angebote bereitgestellt. Der Ausbau der Ganztagsangebote konnte daher seit 1999 von 138 auf 917 ausgebaut werden, so dass heute bereits mehr als die Hälfte der Schulen in Hessen über ein Ganztagsangebot verfügt. Im Rahmen der drei Ganztagsprofile (Pädagogische Mittagsbetreuung, offene und gebundene Ganztagschule) obliegen der Mitteleinsatz und die Ausgestaltung der Aktivitäten außerhalb des Unterrichtes allerdings dem individuellen Konzept der jeweiligen Schule. Die Kooperation und der Abschluss entsprechender Rahmenvereinbarungen mit den Schul- und Jugendhilfeträgern sowie mit Vereinen und Verbänden ist dabei zwar ausdrückliche Vorgabe der einschlägigen Richtlinien. Die jeweiligen Schulgemeinden können jedoch selbständig über ihre präferierten Partner entscheiden, so dass die praktische und finanzielle Umsetzung der Kooperationen weitgehend den Schulen und Ansprechpartnern vor Ort obliegt.

**7. Neofaschistischen Gruppen und Vorfällen wird in Hessen mit dem „Beratungsnetzwerk Hessen- mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ begegnet. Welche Perspektiven sehen Sie für das Beratungsnetzwerk nach Ablauf der Bundesfinanzierung Ende 2014?**

Der Kampf gegen jede Form von Extremismus ist uns ein wichtiges Anliegen. Dies gilt auch für alle Formen neofaschistischer und rechtsextremistischer Bestrebungen in unserem Land. Das BeratungsNetzwerk Hessen bekämpft derartige Strukturen präventiv. Es wird im Rahmen des Programms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie durch das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport (HMdIS) gefördert. Unserer Überzeugung nach hat sich das Netzwerk bewährt. Wir werden die Arbeit daher weiterhin unterstützen.

**8. Und: Als Reaktion auf Vorfälle mit neofaschistischem Hintergrund setzt das Land Hessen bisher schwerpunktmäßig auf Intervention. Dort wo Jugendverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure aktive Präventionsarbeit leisten, betreiben sie dies aus eigenen Stücken. Unterstützen Sie die Forderung des Hessischen Jugendrings zur Einführung eines Präventionsprogramms in Hessen, um die Arbeit künftig auszubauen und finanziell abzusichern?**

Das Land bekämpft extremistische Tendenzen sowohl interventionistisch als auch präventiv. Gerade im Kampf gegen Rechtsextremismus sind wir sehr aktiv. Exemplarisch stehen dafür z.B. das Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus „IKARus“, das BeratungsNetzwerk Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, das Hessische Modellprojekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ oder das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX). Diese Programme werden auch künftig unsererseits unterstützt. Trotz notwendiger Sparmaßnahmen haben wir die dazu erforderlichen finanziellen Mittel in den vergangenen Jahren kontinuierlich sichergestellt und damit in Hessen ein dichtes Netz an Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ermöglicht, dass sich positiv von Defiziten in anderen Bundesländern abhebt. Insbesondere die Präventionsarbeit werden wir daher auch künftig unterstützen. Wir haben dabei nicht nur den Kampf gegen Rechtsextremismus im Blick, sondern jede Form extremistischer Gewalt und die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Blick.

**9. Integration ist ein offener, beidseitiger Prozess, der auch eine Öffnung der Gesellschaft voraussetzt. Viele zivilgesellschaftliche Akteure stellen sich dieser Herausforderung, auch die Jugendverbände. Wie möchten Sie die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Integration vor allem junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessern?**

Vereine bieten viele Gelegenheiten, um Deutsch zu sprechen und sich auszutauschen. Die gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund ist auch für die Vereine eine Chance. Die Bildungsoffensive zur Qualifizierung durch die Sportjugend Hessen ist dafür ein wichtiger Schritt. Neben der Gewinnung neuer Mitglieder ist auch der interkulturelle Dialog positiv. Interkulturelle Jugendleitermodule können hier wichtige Kompetenzen vermitteln. Ebenso sinnvoll sind Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote zum Integrationslotsen. In der Vergangenheit wurde deutlich, dass vor allem Frauen mit Migrationshintergrund sich weniger ehrenamtlich organisieren. Auch ist es noch nicht umfangreich gelungen, junge Migranten in verantwortliche Positionen zu bringen. Hier sind die Vereine gefragt, gezielt Werbung zu machen. Besonders Sport ist ein Integrationsmotor. Beim Sport können Menschen unterschiedlicher Herkunft gemeinsam Spaß haben. Kulturelle Unterschiede und auch Sprachprobleme treten in den Hintergrund. Insgesamt leistet die außerschulische Jugendarbeit einen wertvollen Integrationsbeitrag, besonders auch bei jungen Menschen. Durch ihre Freiwilligkeit entfalten Verbände und Vereine eine sehr gute, integrierende Wirkung. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen.

**10. Partizipation und politische Beteiligung junger Menschen ist in vielen Bereichen nur unzureichend gewährleistet, z.B. durch sehr hohe Altersgrenzen für das aktive wie auch das passive Wahlrecht in Hessen. Welche Änderungen streben Sie an, um Jugendliche zukünftig mehr wirksame Mitsprache und echte Beteiligung zu ermöglichen?**

Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und stehen daher unter besonderem Schutz. Partizipation und gesellschaftliche und politische Teilhabe muss erlernt werden. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schulen, Betrieben und universitären Einrichtungen werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir halten allerdings die geltenden Regelungen zur Volljährigkeit hinsichtlich des Wahlalters für sinnvoll. Es wäre nicht stringent, Jugendlichen einen besonderen Schutzraum beispielsweise im Strafrecht und Geschäftsleben unter Verweis auf fehlende Verantwortungsreife zu gewähren und im Bereich des Wahlrechts diese dennoch anzunehmen. Unbeschadet dessen werden wir uns aber weiterhin dafür einsetzen, dass Jugendliche Unterstützung für ihr politisches Engagement in Vereinen, Organisationen und Parteien erhalten.

**11. Kinderrechte sind ein hohes Rechtsgut. Bereits 1992 also vor 20 Jahren erfolgte die Ratifizierung der UN- Kinderrechtskonvention. Alle anderen Bundesländer haben mittlerweile in ihren Landesverfassungen Kinderrechte fest verankert. In Hessen steht dieser Schritt als Zeichen einer stärkeren Wertschätzung der Kinder als Träger eigener Rechte noch aus. Wie stehen Sie dazu, die Kinderrechte in der Hessischen Verfassung zu verankern?**

Die Rechte von Kindern sind durch die gesamte Rechtsordnung in Hessen zum Glück gut geschützt. Eine Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung wäre dennoch begrüßenswert. Die CDU hat bereits mehrfach auf eine grundlegende Reform der Landesverfassung hingewirkt – leider sind alle diesbezüglichen Vorstöße an parteitaktischen Manövern der Oppositionsparteien gescheitert. Eine einzelne Verfassungsänderung ist deshalb nicht angestrebt, vielmehr wird es um eine Revision des gesamten Verfassungstextes gehen müssen.

**12. Dem erweiterten polizeilichen Führungszeugnis wird von allen Seiten eine sehr begrenzte Aussagekraft in Bezug auf seine Schutzfunktion für Kinder und Jugendliche zugesprochen. Dennoch ist dieses Instrument durch das Bundeskinderschutzgesetz nun in bestimmten Situationen vorgesehen. Wie wollen Sie verhindern, dass durch den hohen bürokratischen Aufwand durch das Führungszeugnis, viel sinnvollere Maßnahmen, wie die Präventionsarbeit und die Umsetzung von trägereigenen Schutzkonzepten nicht leidet? Wie wollen Sie die Verbände bei der Umsetzung ihrer Präventionskonzepte unterstützen?**

Die Sicherheit der Kinder steht für uns im Mittelpunkt – auch im Rahmen der Jugendbetreuung. Die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses ersetzt sicherlich keine Präventionsarbeit oder individuelle Schutzkonzepte der Träger. Ein Führungszeugnis kann aber einen ersten Anhaltspunkt über die Geeignetheit von Mitarbeitern in der Jugendbetreuung geben und sollte daher in bestimmten Situationen als ein Teilaspekt der Verhütung von Straftaten in der Jugendbetreuung zum Einsatz kommen. Hierzu können in Absprache mit den Trägern die Schutzkonzepte weiterentwickelt werden.

**13. Welche sind die zentralen jugendpolitischen Initiativen, die Sie sich für die nächste Legislaturperiode vorgenommen haben?**

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, der Jugend eine gute Perspektive zu geben. Dafür haben wir die hessische Wirtschaft gestärkt und kämpfen mit vielen Programmen und Angeboten dafür, dass der Übergang von Schule und Studium in Ausbildung und Berufsleben möglichst reibungslos von Statten geht.

Im schulischen Bereich werden wir uns weiterhin für Vielfalt, Wahlfreiheit und individuelle Förderung statt Einheitsschule einsetzen. Wir wollen zudem das ehrenamtliche Engagement gerade von und mit Jugendlichen weiter fördern.